

Schwarzes Gold, vergiftete Brunnen

Sudan Von der Ölförderung im Südsudan haben die Anwohner nichts. Im Gegenteil: das Grundwasser verschmutzt. Von Johannes Dieterich

Das Bohrloch befindet sich direkt vor Nyayiel Puoks Hütte. Wenn die 36-jährige Südsudanerin den Hebel bewegt, kommt das Wasser aus dem Rohr geschossen: Doch wehe, wenn die Mutter von drei Kindern davon trinkt! Dann würde Nyayiel dort landen, wo sie mit ihren drei Kindern in jüngster Zeit oft war – im Krankenhaus. „Kaum waren wir nach Hause zurückgekehrt“, sagt die Sudanerin vom Volk der Nuer, „wurde wieder eins der Kinder krank.“ In der Region um Bentiu, der Hauptstadt der südsudanesischen Unity-Provinz, ereignen sich seltsame Dinge. Aus den einst tadellosen Brunnen rinnt salziges Wasser, zahllose Menschen erkranken an Durchfall, auf den Feldern verendet das Vieh. Die deutsche Wasserexperte Hella Rüskamp muss nicht einmal warten, bis die Proben vom Brunnen vor Nyayiels Hütte im Labor ausgewertet sind: An ihrem Messgerät schlagen sich gut sichtbar weiße Salzkristalle nieder – die Konzentration der Mineralien liegt um ein Vielfaches über dem Grenzwert der Weltgesundheitsorganisation. „Da muss man sich nicht wundern“, sagt die Geologin.

Ein mit einem Schnellfeuergewehr bewaffnetes Mitglied der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee SPLA führt uns wenige Kilometer weiter zu einer Stelle, wo die Bevölkerung im vergangenen Jahr vergiftetes Wasser getrunken haben soll: Neun Kinder seien gestorben, 600 Menschen hätten ins Krankenhaus eingeliefert werden müssen. Die mutmaßliche Ursache der Verschmutzung macht Klaus Stieglitz von der deutschen Hilfsorganisation Hoffnungszeichen in einem nahe gelegenen Gelände aus, in dessen Mitte ein eingefasstes Bohrloch gähnt – am Rand des basketballfeldgroßen Areals schillert in verdächtigem Olivgrün ein Teich. Dessen Wasser lässt Rüskamps Messgerät in Sekundenschnelle an seine Grenze stoßen: „Wer das trinkt“, sagt die Geologin, „der muss dafür unter Umständen mit dem Leben bezahlen.“ Am Rand des giftigen Tümpels sind dennoch die Spuren von Rindern auszumachen, die wahrscheinlich daraus getrunken haben.

Bei dem Loch, erklärt der Politologe Stieglitz, handelt es um die Bohrung einer vermutlich chinesischen Gesellschaft, die offensichtlich nicht den erwarteten Erfolg erbrachte. Andere Bohrungen in der Umgebung verliefen glücklicher: Die Erdölfelder Mala und Thar Jath bestehen aus 36 Quellen, aus denen ein großer Teil der derzeit täglich rund 500 000 Barrel umfassenden sudanesischen Erdölproduktion fließen.

Der Export des schwarzen Goldes vor allem nach China hat dem bettelarmen Sudan einen Aufschwung beschert, der allerdings nur in der 800 Kilometer weiter nördlich gelegenen Hauptstadt Khartoum auszumachen ist. Dort schießen Luxushotels, Konferenzzentren und Bürogebäude in die Höhe – auch der vom Internationalen Strafgerichtshof angeklagte Präsident Omar al-Baschir hat sich einen neuen Palast geleistet. In der Unity-Provinz ist vom Aufschwung dagegen nichts zu spüren. Im Gegenteil: „Unser Ölreichtum hat uns nur Kummer beschert“, klagt der designierte katholische Bischof der Diözese Malakal, Roko Taban Mousa. „Statt dass wir von den Bodenschätzen profitieren, wird jetzt noch unser Wasser verschmutzt.“ Tatsächlich gehen die chinesischen, indischen und malaysischen Firmen bei der Exploration des schwarzen Goldes nicht zimperlich vor.

Während überall auf der Welt das mit Kaliumchlorid angereicherte Wasser, das zur Stabilisierung der Bohrlöcher dient,

nach seiner Verwendung in tiefe Erdschichten gepumpt wird, lässt man es hier in offenen Tümpeln versickern, das ist billiger. Auch das bei der Ölproduktion entstehende Abwasser, das Schwermetalle wie Salze enthält, wurde früher einfach in den Sudd geleitet, die von den UN unter Schutz gestellten Nilsümpfe. Erst als Stieglitz 2009 Alarm schlug, baute das malaysisch-indisch-sudanesisches Konsortium White Nile Petroleum Operating Company (WNPOC) eine Aufbereitungsanlage: ein riesiges, leeres Becken, das, vom Flugzeug aus betrachtet, nicht den Eindruck erweckt, als würde hier etwas aufbereitet.

Wenn Klaus Stieglitz aus Singen am Bodensee an den Weißen Nil kommt, um dort den Machenschaften der Ölgesellschaften auf den Grund zu gehen, erwartet ihn schweißtreibende Detektivarbeit. Erst lässt er die Piloten der gecharterten Maschine Erkundungsschleifen über den sich auf 4000 Quadratkilometer ausdehnenden Ölfeldern fliegen und nimmt mit dem GPS-Gerät die Koordinaten der Tümpel oder verlassenen Bohrlöcher auf. Später nähert er sich den Brennpunkten der Verschmutzung mit einem klapprigen Kleinbus, kriecht unter Zäunen durch, seilt sich zu tief gelegenen Teichen ab oder legt selbst bei 40 Grad Hitze zur Mittagszeit Fußmärsche zu verdächtigen Orten zurück.

Die Hilfsorganisation Hoffnungszeichen ist seit zwei Jahrzehnten im Südsudan aktiv, wo sich afrikanische Christen und muslimische Araber den längsten Bürgerkrieg Afrikas lieferten. Als ein Friedensvertrag vor vier Jahren die Gefechte beendete und Ölfirmen im Grenzgebiet zwischen dem arabisch kontrollierten Norden und dem afrikanisch besiedelten Süden bedeutende Erdölvorräte

entdeckten, schien dort eine Ära des Wohlstands anzubrechen – doch die Hoffnungen stellten sich bald als eitel heraus. Immer wieder kommt es zu Spannungen wegen einer durch die Ölfelder führenden Demarkationslinie, aber der zwischen Nord und Süd geschlossene Friedensvertrag hält. Sollte der Süden jedoch beim Volksentscheid im Januar 2011 für eine Abspaltung votieren, wird mit einem erneuten Ausbruch der Gewalt gerechnet.

Schon heute sehen sich die Südsudanese von arabischen Norden um die Früchte ihres Ölreichtums betrogen: „Es ist schon schlimm“, meint Stieglitz, „wenn man mit ansehen muss, wie die Ölgesellschaften die Arglosigkeit der Bevölkerung ausnützen.“ Ein Beispiel findet sich im Ort Rier. Vor zehn Jahren lag das Dorf noch an der Strecke zwischen Bentiu und Leer – vom Volksmund die „Straße des Blutes“ genannt, weil die Regierungsarmee dort jeden Kilometer gegen den Widerstand der südsudanesischen Rebellen erkämpfte. Wo Rier lag, sollte die zentrale Produktionsanlage des Thar-Jath-Ölfelds errichtet werden: Also wurden die 2500 Bewohner des Dorfes 30 Kilometer weiter südwestlich umgesiedelt. Dort wurden ihnen Häuser, Schulen und Hospitäler versprochen. Davon ist heute noch nichts zu sehen.

Über Rier hängt die Schwermut wie eine Glocke. Die Hütten des Dorfes sind mit leeren Säcken abgedichtet, die einst das von den Bohrgesellschaften verwendete Kaliumchlorid enthielten. Eines der wenigen Steinhäuser ist die Polizeistation. Als Gefängnis dient ein mit drei vergifteten Öffnungen versehener Container, in dem ein Häftling in der Hitze schmort. Aus den Handpumpen, die die Hilfsorganisation Oxfam bohren ließ, kommt eine salzige Brühe, die nicht einmal zum Kleiderwaschen verwendet werden kann, weil sie klebrig wie

„Es ist schlimm, wie die Ölfirmen die Arglosigkeit der Menschen hier ausnutzen.“

Klaus Stieglitz von Hoffnungszeichen



Kinder an einer Wasserquelle im Sudan: das Durchfallrisiko ist hoch. Fotos: Dieterich (2), dpa

Leim ist. Eigentlich sollte ein Tanker regelmäßig Wasser aus dem nahen Nil bringen, doch der lässt sich tagelang nicht blicken. Oft trinkt die Bevölkerung das Regenwasser aus den Sümpfen und fängt sich Durchfall und Cholera ein. „Man behandelt uns wie Hunde“, sagt William Malual, der Gemeindevorsteher von Rier, „nicht einmal Toiletten hat man für uns gebaut.“ Um ihre Notdurft zu verrichten, schlagen sich die Dorfbewohner in die Büsche. Um Rier zu finden, braucht Stieglitz kein GPS-Gerät, man riecht es von weitem.

Im wenige Kilometer entfernten vollklimatisierten Quartier der WNPOC empfängt uns ein Repräsentant der Ölgesellschaft. Tigani Ahmed Doha zählt eine halbe Stunde lang auf, was seine Firma alles für das Wohl der Bevölkerung tue: Dass Rier von diesem Segen nichts mitbekomme, läge nicht an der WNPOC, sondern an der südsudanesischen Regierung. Toiletten seien aber auch nichts, was die Dorfbewohner unbedingt bräuchten, fügt der aus dem Nord Sudan stammende Arzt hinzu: „Die Leute führen ein natürliches Leben.“ Fragen über verwendete Technologien, Maßnahmen des Umweltschutzes und die Qualität des Wassers verweist Ahmed an die WNPOC-Zentrale in Khartoum, wo man – zwei Jahre nach den ersten Vorwürfen von Hoffnungszeichen und nachdem sie Briefe von Stieglitz stets ignoriert hatte – inzwischen eine Stellungnahme vorberei-

tet hat. Darin weist die Firma alle Anschuldigungen „kategorisch“ zurück: WNPOC beachte internationale Umweltschutzstandards und richte sich „strikt an einen Nullausstoß von Schadstoffen“, der hohe Salzgehalt des Grundwassers sei auf natürliche Ursachen zurückzuführen.

Stieglitz' gesammelte Wasserproben sprechen aber eine andere Sprache. Die chemische Zusammensetzung der aus den Wasserpumpen fließenden Brühe entspreche weitgehend dem von den Öl- und Bohrgesellschaften produzierten Abwasser, sagt die Hydrogeologin Hella Rüskamp: „Das Trinkwasser ist zweifellos kontaminiert.“

Das entspricht auch den Beobachtungen des Direktors der Gesundheitsbehörde der Unity-Provinz, Peter Majuoy Guf. „Wir haben hier eine alarmierende Situation“, klagt er in seinem überhitzten, weil stromlosen und deshalb unklimateisierten Büro in Bentiu: „Woche für Woche hören wir vom Ausbruch akuter Durchfallerkrankungen.“ Seine Behörde würde dem Grund für die Wasserverschmutzung nachgehen, habe aber nicht die technologischen Mittel dafür. Außerdem erhalte man von der Ölgesellschaft keinerlei Fakten. Wenn er bei der WNPOC anrufe, werde er stets von einer Stelle zur anderen verwiesen. „Ach, hätte man bloß kein Erdöl in unserem Boden gefunden“, seufzt der Sudanese, „es würde uns heute bessergehen.“

„Ach, hätte man hier kein Erdöl gefunden, es würde uns heute bessergehen.“

Peter Majuoy Guf vom Gesundheitsamt in Bentiu

DIE ÖLREGION IM SÜDSUDAN



Das Öl macht nur Sudans Elite reich.

Für eine Arbeit in Würde

Hartz IV SPD-Kandidatin Hannelore Kraft sagt das Richtige zur ungünstigen Zeit. Von Matthias Schiermeyer

Die Umfragewerte sind überraschend gut für die SPD in Nordrhein-Westfalen; sie rückt der CDU bedrohlich nahe. Spitzenkandidatin Hannelore Kraft liegt fast gleichauf mit dem Ministerpräsidenten. Das hat weniger mit ihrer Stärke zu tun als mit der Schwäche von Jürgen Rüttgers. Anstatt zuzuschauen, wie sich die CDU selbst demontiert, will Kraft mehr eigenes Profil beweisen. Das erscheint parteitaktisch unklug, ist inhaltlich aber sinnvoll. Ihr Vorstoß, Hartz-IV-Empfänger auf gemeinwohlorientierten Stellen zu beschäftigen, verschleiert die von FDP-Chef Guido Westerwelle angestoßene wüste Debatte über spätromische Dekadenz.

Dass Kraft dennoch Beifall von den Liberalen bekommt und Kritik von den Gewerkschaften, muss sie ihrer verkürzten Darstellung zuschreiben, hat sie doch mit der gar nicht neuen Idee eines sozialen Arbeitsmarkts ganz anderes im Sinn. Es geht ihr um Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen, die es nicht auf den ersten Arbeitsmarkt schaffen, sich aber unbedingt einbringen wollen. Ihnen gilt es neben Ein-Euro-Jobs eine öffentlich geförderte Perspektive zu geben. Arbeit dient nicht nur dem Gelderwerb, sondern erhält auch die Menschenwürde. Gewiss besteht die Gefahr, dass reguläre Stellen verdrängt werden. Lässt sich dies vor Ort verhindern, sollte der Vorschlag weiterverfolgt werden.

Führungslos

Nigeria Der kranke Präsident muss seinen Vize zur Macht legitimieren. Sonst droht dem Land Chaos. Von Thomas Thieme

Im bevölkerungsreichsten Land Afrikas ist die Demokratie eine brüchige Angelegenheit. Gut zehn Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur ist der nigerianische Staat, in dem jeder zweite der 140 Millionen Einwohner unter der Armutsgrenze lebt, gezeichnet von Korruption und gewaltsamen ethnischen Konflikten. Jetzt sind bei Massakern von Muslimen an Christen rund 500 Menschen getötet worden. Rivalitäten zwischen dem muslimisch geprägten Norden und dem christlichen Süden spalten die frühere britische Kolonie seit langem. Fehlt der ohnehin schwachen Regierung dann auch noch der Kopf, wie zwischen November 2009 und Februar 2010 geschehen, droht das Pulverfass im Westen Afrikas zu explodieren. Der zerrissene Vielvölkerstaat, der fünfgrößte Ölproduzent der Welt, steuert führungslos in die Krise.

Der Stellvertreter des erkrankten Präsidenten Umaru Yar'Adua, Goodluck Jonathan, füllt das Machtvakuum seit wenigen Wochen, braucht aber umgehend dessen offizielle Legitimation. Die Alternative wären Neuwahlen. Auch müssen die Täter zur Verantwortung gezogen werden. Gelingt es nicht, die Lage zu stabilisieren, droht dem Land ein Chaos mit negativen Folgen für die gesamte Region. Aber die Welt schaut vermutlich erst nach Nigeria, wenn die Krise in einer Diktatur mündet oder sich in einem steigenden Ölpreis niederschlägt.

Unten rechts

Immer das eine

Den Älteren unter uns sind die Experimente mit zeitlich begrenztem Verzicht noch in guter Erinnerung. Dauerhaft haben sich beispielsweise der autofreie Sonntag (1973) und der von Helmut Schmidt angeregte fernsehfreie Tag (1978) aber nie durchsetzen können. Allerdings haben laut Statistik 25 Prozent der Deutschen noch nie ein Buch gelesen und jeder Zweite treibt nie Sport. So gesehen können andere Verzichtsmuster wie ein buchfreies Leben oder ein sportfreies Dasein zumindest quantitativ als Erfolg gewertet werden.

Der Umweltverband WWF hat am 27. März die Besitzer von prominenten Gebäuden und Privatleute dazu aufgerufen, von 20.30 Uhr an eine Stunde lang die Beleuchtung auszuschalten, um auf den Klimawandel hinzuweisen. Er nennt das „Earth hour“ (Erdstunde). Klingt wie ein kluger Vorschlag, der nur daran krankt, dass dem Menschen nicht gesagt wird, was er in der lichtfreien Erdstunde tun soll. Man könnte den Mond anbeten, was eine relativ CO₂-neutrale Tätigkeit ist. Aber vermutlich fällt einer Mehrheit im Volk wieder mal nur das eine ein, was ihr auch bei gelegentlichen Stromausfällen immer einfällt: Sie fördert das demografische Wachstum. Das wiederum erhöht den Siedlungsdruck, den Lichtverbrauch. Kurzum, die Dunkelstunde wird der absolute Klimakiller. Christoph Link



Klaus Stieglitz vom Verein Hoffnungszeichen nimmt eine Gewässerprobe.